

Schweiz

Sprachaustausch für Schüler: Die Krux liegt in der Umsetzung

Heute entscheidet der Nationalrat über die Förderung des Sprachaustausches zwischen den Regionen. Ohne Gratisarbeit der Lehrer lässt sich die Vision allerdings kaum verwirklichen.

Anja Burri
Bern

Im Streit um den Fremdsprachenunterricht wird er als Wundermittel gepriesen: der Sprachaufenthalt. Die Nidwaldner Regierung, die das Frühfranzösisch abschaffen will, möchte zum Ausgleich alle Kinder für einen Austausch in die Westschweiz schicken. Auch die Bildungskommission des Nationalrats (WBK) will den nationalen Zusammenhalt via Sprachaustausch fördern. Heute entscheidet der Nationalrat über ein entsprechendes Postulat. Der Bundesrat soll damit beauftragt werden, ein Konzept für einen «systematischen» Sprach-austausch an der Volksschule auszuarbeiten.

Doch wie realistisch sind diese Ideen? Wer soll die Austauschwochen bezahlen und organisieren? Neben der Tatsache, dass es viel mehr Deutschschweizer Schulkinder gibt als solche in der Westschweiz und dem Tessin, gibt es weitere Hürden. «Der Aufwand darf nicht unterschätzt werden», sagt eine Frau, die es wissen muss: Silvia Mitteregger leitet den Bereich Austausch bei der Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit. Die Stiftung bietet im Auftrag des Bundes und der Kantone Austauschprogramme für alle Stufen an. Bis jetzt fehle der Schweiz die fundierte Erfahrung mit flächendeckenden Austauschprojekten, sagt Mitteregger. Ein Blick auf die Zahlen zeigt: Im Schuljahr 2012/13 ging ein Bruchteil der Schweizer Schüler zum Austausch in eine andere Sprachregion. Auf Primarstufe waren es 0,6 Prozent, auf Sekundarstufe I rund 3 Prozent, und bei den Schülern auf Sekundarstufe II und der pädagogischen Hochschulen waren es 0,3 Prozent.

Hochdeutsch am Familientisch

«Austauschprojekte kann man nicht verschreiben», sagt Mitteregger. Damit ein Projekt gelinge, müsse es von allen Beteiligten und vor allem von einer überzeugten Lehrkraft getragen werden. Diese müsse an vieles denken, Schüler und Gastfamilien vorbereiten. «Sie muss zum Beispiel die Gastfamilien darauf aufmerksam machen, dass sie am Ess-tisch Hochdeutsch statt Schweizerdeutsch sprechen», sagt Mitteregger. Neben Geld brauche es vor allem ein gutes Konzept, Zeit und Anerkennung für die Lehrkräfte.

Zu den rund 600 Klassenlehrkräften, die im Schuljahr 2012/13 aus eigenem Antrieb einen Austausch organisierten, gehört die Tessiner Französischlehrerin Isabella Marino. «Meine 13-jährigen



Mit Sprachaufenthalten soll die Mehrsprachigkeit gefördert werden. Foto: Peter Schneider (Keystone)

Schüler merken, dass die Kinder in der Romandie zwar eine andere Sprache sprechen, aber eigentlich die gleichen Sorgen und Freuden haben wie sie», sagt sie. Auf solchen Erkenntnissen baue der Zusammenhalt der Schweiz auf. Gehe es um den Austausch, schrieben ihre Schüler gern Briefe auf Französisch. Der Aufwand sei gross, sagt Marino. Sie müsse Gastfamilien suchen oder unzählige Listen schreiben - zum Beispiel über die Allergien der Kinder. Marino ist derart begeistert vom Sprach-austausch, dass sie die Arbeit in ihrer Freizeit erledigt. «Es ist ein Geschenk an meine Schüler», sagt sie.

Schätzungen, wie viel ein flächendeckender Sprach-austausch kosten würde, gibt es nicht. Auch deshalb nicht, weil heute viel Arbeit freiwillig erledigt wird. Beat Zemp, Präsident des Dachverbands der Schweizer Lehrer, bringt den Bund ins Spiel: Der Bund könnte auf der Grundlage des Sprachengesetzes solche Austauschprojekte finanzieren - analog zum Programm «Jugend und Sport», sagt er. Es lasse sich aber auch vieles direkt zwischen Partnerschulen organi-

sieren, die sich gegenseitig Gastfamilien vermitteln könnten.

Zurzeit haben vor allem jene Kantone grosses Interesse am Sprach-austausch, die aus dem Sprachenkompromiss der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) ausschliessen und in der Primarstufe nur noch Englisch als Fremdsprache unterrichten wollen. Ein Beispiel ist der Thurgau, dessen Parlament beschlossen hat, den Französischunterricht auf die Sekundarstufe zu verschieben. Der Kanton arbeitet derzeit an der Umsetzung des Entscheids. Man diskutiere auch die Idee eines flächendeckenden Sprach-austausches, sagt Paul Roth, Generalsekretär des Erziehungsdepartements. Um die Verbindlichkeit zu erhöhen, gäbe es die Möglichkeit, den Austausch im Lehrplan zu verankern. Damit müssten aber der Kanton und die Gemeinden entsprechende Zusatzkosten in Kauf nehmen.

Wenig begeistert vom flächendeckenden Sprach-austausch ist die jurassische Bildungsdirektorin Elisabeth Baume-Schneider (SP). Das sei sehr aufwendig und überdies kein Ersatz für den Unter-

richt in der Primarstufe, sagte sie am Freitag an einem Podium des Schweizerischen Austauschkongresses in Delsberg.

«Symbolpolitik ohne Wirkung»

Der Nationalrat dürfte solche Bedenken schwächer gewichten und Ja sagen zum Vorstoss der WBK. Sobald es aber um die konkrete Umsetzung respektive die Finanzierung geht, wird sich wohl auch das Parlament zurückhaltend geben. Dies zeigt eine Umfrage unter Bürgerlichen, die den Sprach-austausch im Grundsatz gut finden. Sie sei gegen ein Obligatorium, sagt etwa die Thurgauer SVP-Nationalrätin Verena Herzog. Für CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (BL) ist klar: Die Kosten müssten die Kantone übernehmen. SVP-Nationalrat Peter Keller erinnert an Aussagen von Sprachwissenschaftlern: Um erkennbare Fortschritte zu erzielen, müsse ein Kind mindestens vier Wochen in den Sprach-austausch. Es stelle sich deshalb die Frage, «ob wir bei diesen Austauschideen nicht nur Symbolpolitik ohne grosse Wirkung betreiben».

Gegen Antibiotika bei Produktion von Nahrungsmitteln

Eine Kommission des Bundes fordert einen generellen Antibiotikastopp bei der Nahrungsmittelproduktion.

Durch übermässigen Einsatz von Antibiotika breiten sich resistente Bakterien aus. Der Einsatz zur Wachstums- und Leistungsförderung ist in der Schweiz seit 1999 verboten. Die Eidgenössische Fachkommission für biologische Sicherheit schlägt nun einen generellen Stopp für Antibiotika in der Nahrungsmittelproduktion vor. Dies geht aus einem Strategiepapier hervor, über das die «SonntagsZeitung» berichtete. Daneben empfiehlt die Kommission weitere Massnahmen wie die Zucht robuster Tierarten, gesunde Haltungsformen sowie den Verzicht auf die Durchmischung von Beständen. Um den Wandel zu beschleunigen, fordern die Experten ein Label für antibiotikafreie Fleischprodukte. Subventionen sollen zudem von der Abwesenheit resistenter Keime in Ställen abhängig gemacht werden. Die Kommission bezeichnet Antibiotikaresistenzen als «grösste biologische Bedrohung für die Gesundheit der Bevölkerung in der Schweiz». Bakterien werden durch Mutationen oder Austausch von Resistenzgenen weniger empfindlich oder ganz unempfindlich gegen Antibiotika. Je mehr Antibiotika eingesetzt wird, desto schneller verbreiten sich resistente Bakterien. Das kann tödlich sein: In der EU sterben laut Schätzungen jährlich 25 000 Menschen durch Infektionen mit resistenten Bakterien. In der Schweiz gibt es Schätzungen für die spitalbedingten Infektionen: Laut der Expertengruppe Swissnoso sterben daran jährlich 2000 Patienten. Bauernverbandspräsident Markus Ritter bezeichnete den Vorschlag der Experten jedoch als nicht praxistauglich. «Es darf nicht sein, dass eine Kuh mit einer Gebärmutterentzündung, die sich krümmt vor Leid, nicht mehr wirksam behandelt werden kann.» Statt eines Verbots sieht Ritter die Lösung im sorgfältigen Antibiotikaeinsatz. (SDA)

Nachrichten

Vergangenheitsbewältigung 110 000 Unterschriften für Wiedergutmachungsinitiative

Die Wiedergutmachungsinitiative für Verdingkinder und andere Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen dürfte zustande kommen: Die Initianten haben nach eigenen Angaben zehn Monate vor Ablauf der Sammelfrist die nötigen Unterschriften gesammelt. «Wir haben über 110 000 Unterschriften gesammelt», sagte Kampagnenleiter Pascal Krauthammer. Er bestätigte einen Bericht im «SonntagsBlick» und in der «Zentral-schweiz am Sonntag». Das Volksbegehren, das unter anderem für die rund 20 000 schwer betroffenen Opfer einen mit 500 Millionen Franken dotierten Wiedergutmachungsfonds fordert, soll bis Ende Jahr eingereicht werden. (SDA)

Telefonie

Ende der Telefonkabinen: 2018 soll Schluss sein

In vier Jahren sollen die letzten Telefonkabinen verschwinden. Das schreibt die «Schweiz am Sonntag» mit Verweis auf den Fernmeldebericht des Bundesrats. «Aufgrund der mittlerweile sehr hohen Verbreitung der Mobiltelefone werden die Kabinen praktisch nicht mehr oder höchstens noch an stark frequentierten Orten ihrer Bestimmung gemäss genutzt», schreibt der Bundesrat. Es sei zu bezweifeln, dass die Kabinen ab 2018 noch Teil der Grundversorgung bilden müssten. Heute muss die Swisscom in jeder Gemeinde mindestens eine Telefonkabine betreiben. Nächstes Jahr wird die Definition der Grundversorgung überarbeitet. Das Bundesamt für Kommunikation will dabei Abschied von den Kabinen nehmen. «Wir werden wahrscheinlich den Vorschlag machen, dass ab 2018 auf die Kabinen verzichtet werden kann», sagt Vizedirektorin Annaliese Eggi. Betrieb die Swisscom 2007 schweizweit noch 4900 Kabinen, waren es Anfang 2014 noch 3200. (TA)

Streit im Lager der Auslandschweizer - wegen Ecopop

Auslandschweizer können jederzeit heimkehren - trotz Ecopop. Dies sagt der Bund. Die Organisation für Auslandschweizer behauptet das Gegenteil. Das weckt Kritik.

Stefan Häne

Dürfen Auslandschweizer nach einer Annahme der Ecopop-Initiative am kommenden Sonntag ohne Einschränkung wieder in ihre Heimat einwandern? Ja, meint das Justizdepartement (EJPD) von Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP). Für diese Gruppe von potenziellen Rückkehrern sieht die Initiative zwar keine gesonderte Regelung vor. Jeder Schweizer hat gemäss Bundesverfassung aber das Recht, heimzukehren - jederzeit. Nach einer etwaigen Annahme der Initiative gelte es, diesen Passus bei der Ausarbeitung der Zulassungsbestimmungen zu berücksichtigen, hält das Departement denn auch fest. Die Initiative will die jährliche Nettozuwanderung auf 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung einschrän-

ken; das wäre derzeit ein Kontingent von rund 17 000 Menschen.

Ungeachtet dieser klaren Worte befürchtet die Auslandschweizerorganisation (ASO), dass den Auslandschweizern das Rückkehrrecht verweigert werden könnte. So steht es in einer Medienmitteilung der ASO vom 10. November. Bereits im Juni hatte sich die von der ASO finanziell unterstützte «Schweizer Revue», die Zeitschrift für Auslandschweizer, warnend an ihre Leserschaft gewendet: «Auch Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer können, ist dieses Kontingent erreicht, nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren», hiess es im Editorial. Zu einem anderen Schluss kommt das EJPD. Eine Rückkehr von Auslandschweizern würde sich zwar in der Migrationsbilanz niederschlagen. Die Folgen bekämen aber die ausländischen Immigranten zu spüren: Deren Kontingente würden laut EJPD «zwangsläufig weiter eingeschränkt».

Vorwurf der Falschinformation

Die Verlautbarungen der ASO sind nicht ohne Widerhall geblieben. Im Kreis von Auslandschweizern sieht sich die Organisation dem Vorwurf ausgesetzt, die

Öffentlichkeit falsch zu informieren - und damit auch die 732 000 Auslandschweizer, von denen rund 155 000 in einem Stimmregister eingetragen sind. Matt Frepp aus dem kanadischen Toronto etwa spricht von einer «unsachlichen Panikmache». Auch das Aussen-departement (EDA) hat sich zum Fall geäussert. Die Aussage in der «Schweizer Revue» treffe - bei aller Skepsis gegenüber der Initiative - «in dieser absoluten Form nicht zu», stellte EDA-Informationsschef Jean-Marc Crevoisier in einem Leserbrief der Zeitschrift klar.

Gefährdete Mobilität

Urs Keller von der ASO-Sektion Rayong in Thailand intervenierte schliesslich bei der Geschäftsleitung der ASO und forderte eine Korrektur der Aussage. Die ASO gebe sich als politisch neutrale, unabhängige Organisation. Also habe sie auch die Pflicht, so zu handeln. Dem TA liegt der entsprechende Schriftwechsel zwischen Keller und der ASO vor. Co-Direktorin Sarah Mastantuoni beschreibt es in ihrer Antwort an Keller als «Pflicht», die Menschen der fünften Schweiz auf «allfällige negative Konsequenzen» bei einer Annahme der Eco-

pop-Initiative aufmerksam zu machen. Der Text der Initiative lasse Raum für Interpretationen zu.

«Zudem kann im Endeffekt die Mobilität der Auslandschweizer de facto gefährdet sein, wenn Familienmitglieder von Auslandschweizern nicht mehr in die Schweiz reisen könnten.» Auf Anfrage bekräftigt ASO-Co-Direktorin Ariane Rusticelli diese Einschätzung. Es handle sich letztlich um eine politische Aussage des EJPD. «Heute weiss niemand wirklich genau, welche Auswirkungen eine Annahme der Initiative hätte.» Insofern sehe sich die ASO auch nicht verpflichtet, ihren Standpunkt zu revidieren.

Kritik an der ASO kommt auch aus dem Lager der Initianten. Sie werfen der Organisation vor, mit Bundesgeldern Stimmung gegen Ecopop zu machen. Die ASO verfügt über ein Budget von gut 3 Millionen Franken; ein Drittel davon steuert der Bund bei. Sein Engagement leitet sich aus der Bundesverfassung ab. Demnach fördert er die Beziehung der Auslandschweizer untereinander und zur Schweiz. Organisationen, welche dieses Ziel verfolgen, kann er gemäss Verfassung daher unterstützen.